Abend-Ausgabe

76. Jahrgang. Nr. 198

Mittwoch, 27. April 1932

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden. Fernsprecher-Sammelnummer: 25 241. Nur für Nachtgespräche: Nr. 20011. Schriftleitung u. Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A. 1, Marienstraße 38/42

Bezugsgebühr bei täglich zweimaliger Zustellung monatlich 3.90 RM. (einschließlich 70 Pfg. für Trägerlohn), durch Postbezug 3.90 RM. einschließlich 84 Pfg. Postgebühr (ohne Postzustellungsgebühr) bei 7 mal wöchentlichem Bezug. Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreis: Die einspaltige 20 mm breite Zeile 25 Pfg., für auswärts 40 Pfg., die 90 mm breite Reklamezeile 100 Pfg., außerhalb 150 Pfg. Ziffernabschlag lt. Tarif. Familienanzeigen und Stellengesuche ohne Rabatt 15 Pfg., außerhalb 25 Pfg. Offertengebühr 50 Pfg. Auswärtige Aufträge gegen Vorausbezahlung.

Druck u. Verlag: Sturm & Reichardt, Dresden. Postscheck-Kto. 1054 Dresden. Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe (Dresdn. Nachr.) zulässig. Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt

Fahrpreissenkung der Reichsbahn ab 1. Juni

D-Zugs-Zuschläge und Urlaubsreisen werden billiger

Berlin, 27. April. Vom 25. bis 27. April tagte in Berlin der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft. Er genehmigte Geschäftsbericht und Bilanz für das Rechnungsjahr 1931 und beschloß die Ausschüttung einer siebenprozentigen Dividende auf die ausgegebenen Vorzugsaktien Serie 1 bis 5.

In der Verkehrsentwicklung im ersten Vierteljahr des Jahres 1932 drückt sich die

weitere Verschlechterung der Wirtschaftslage

in vollem Maße aus. Der Güterverkehr erbrachte gegen die gleiche Zeit des Vorjahres 31 Prozent weniger Einnahmen, gegen 1929 sogar 52 Prozent weniger. Beim Personenverkehr machte sich ein Einnahmeausfall gegenüber dem Vorjahre von etwa 17 Prozent, gegen das Jahr 1929 von nahezu 28 Prozent bemerkbar.

Um den Reiseverkehr zu beleben, gab der Verwaltungsrat seine Zustimmung zu einer vorgeschlagenen Fahrpreisermäßigung. Danach wird vom 1. Juni d. J. ab der Schnell- und Eilzugzuschlag um die Hälfte ermäßigt.

Das Spannungsverhältnis bei den Monats- und Schülermonats- und Teilmonatskarten wird geändert, so daß eine Ermäßigung zwischen 8 und 21 Prozent eintritt. Außerdem werden nunmehr Urlaubskarten für die Zeit vom 1. Juni bis 15. Oktober 1932 eingeführt mit einer 10prozentigen Fahrpreisermäßigung und einer Geltungsdauer von zwei Monaten, wobei sich die Reise mindestens auf 200 Kilometer erstrecken muß und die Rückreise nicht vor dem 11. Geltungstage angetreten werden darf. Vorausgesetzt wird, daß diese Urlaubsfahrten sich auf Reiseziele in Deutschland erstrecken.

Die Reichsbahn hofft, durch diese Maßnahmen den Besuch der deutschen Erholungsstätten zu fördern.

*

Im einzelnen ergeben sich infolge der Fahrpreisermäßigung folgende neue Sätze:

Der Schnellzugzuschlag

für die dritte Klasse kostet in der ersten Zone nur noch 50 Pfennig, in der zweiten Zone 1 Mark, in der dritten 1,50 Mark, in der vierten 2 Mark und in der fünften (über 300 Kilometer) 2,50 Mark. In der zweiten und ersten Klasse staffelt er sich statt von 2 bis 10 Mark von 1 bis 5 Mark. Die Eilzugzuschläge ermäßigen sich auf 25 Pfennig bis 1,25 Mark in der dritten und 50 Pfennig bis 2,50 Mark in der zweiten Klasse. Die bisherige Nahzone bei Eilzügen (1 bis 85 Kilometer) fällt fort. Für die Benutzung von FD-Zügen (bisher einheitlicher Zuschlag 4 Mark) der zu dem Schnellzugzuschlag zweiter und erster Klasse dazu tritt, beträgt nun der Zuschlag bis 300 Kilometer 2 Mark, darüber 3 Mark. Für die Benutzung von FFD-Zügen (bisher einheitlicher Zuschlag 8 Mark) für Entfernungen bis 300 Kilometer 4 Mark, darüber 6 Mark.

In Zukunft wird also beispielsweise eine Reise von Dresden nach Berlin im Personenzug in der dritten Klasse 7,20 RM., in der zweiten Klasse 10,40 RM. kosten.

Der Eilzug wird künftig in der dritten Klasse statt 8,70 RM. nur noch 7,95 RM., in der zweiten Klasse statt 13,40 RM. nur noch 11,90 RM. kosten. Der Schnellzug wird statt 10,20 RM. in Zukunft 8,70 RM. in der dritten Klasse, und statt 16,40 Reichsmark nur noch 13,40 RM. in der zweiten Klasse kosten.

Was

die Zeitkartenpreise

angeht, so wird die Monatskarte dritter Klasse mit Eilzugberechtigung ab 1. Juni denselben Preis haben wie die Monatskarte für den Personenzug in der zweiten Klasse. Ein Inhaber einer Monatskarte für die zweite Klasse Personenzug darf also ohne weiteres einen Eilzug in der dritten Klasse auf seine Monatskarte benutzen, und der Besitzer einer Monatskarte für die dritte Klasse Eilzug darf einen Personenzug in der zweiten Klasse benutzen.

Die neue Maßnahme stellt eine Vereinfachung dar und bringt für die Monatskarte dritter Klasse mit Eilzugbenutzung eine Ermäßigung um 8,7 Prozent, für die Monatskarte zweiter Klasse Personenzug eine Ermäßigung um 14,8 Prozent und für die Monatskarte zweiter Klasse mit Eilzugberechtigung eine Ermäßigung um 21 Prozent gegenüber den heutigen Sätzen. Die neue Staffel findet auch Anwendung bei Schülerkarten, Monatskarten und Teilmonatskarten.

Diskontsenkung auf 5 Prozent

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 27. April. Das Reichsbankdirektorium hat überraschend für Mittwoch nachmittag den Zentralausschuß einberufen, um über eine erneute Diskontsenkung Beschluß zu fassen. Der Reichsbankdiskont soll nämlich ab morgen auf 5 Prozent gesenkt werden. An und für sich wollte das Reichsbankdirektorium mit der neuen Diskontsenkung bis Ende des Monats warten. Da der gestrige Reichsbankausweis aber eine starke Entlastung aufzeige, werde man sofort die geplante Diskontsenkung vornehmen. Die letzte Diskontsenkung der Reichsbank erfolgte am 8. April, und zwar von 6 auf 5,5 Prozent.

Die Abrüstung in der Militärluftfahrt

Genf, 27. April. Der Luftfahrtausschuß ist heute zum ersten Male zusammengetreten. Der deutsche Vertreter, Ministerialdirektor Brandenburg, stellte den Antrag, unter den vom Hauptausschuß bezeichneten Gesichtspunkten die gesamte Militärluftfahrt zu prüfen und entsprechende Vorschläge auszuarbeiten. Er wies darauf hin, daß die Aufgabe dadurch erleichtert werde, daß in den Friedensverträgen von 1919 eindeutig die Waffen bezeichnet worden seien, deren Abschaffung wegen ihres Offensivcharakters als eine unerläßliche Abrüstungsmaßnahme angesehen wurde. Die Luftwaffe habe nach dem Urteil aller militärischen Kreise außerordentlich gewonnen. Der ungeheure Ausbau der Militärluftfahrt in den letzten Jahren überall in der Welt sei ein eindrucksvoller Beweis. Deutschland und andere Mächte hätten die militärische Luftfahrt durch Zerstörung abgerüstet und so ein Beispiel für diejenigen Maßnahmen gegeben, die jetzt allgemein als wirksame Maßnahme durchgeführt werden können. Man dürfe sich nicht nur auf die Bombenluftfahrtzeuge beschränken, sondern müsse sich auch mit den Jagd- und Aufklärungsflugzeugen, die ebenfalls im Versailler Vertrag in die qualitative Abrüstung einbezogen worden seien, beschäftigen. Der Ausschuß habe die Pflicht, betonte der deutsche Vertreter nochmals, konkrete Vorschläge zu machen.

Im Flottenausschuß

gaben am Mittwoch die Vertreter der einzelnen Länder Erklärungen über den Standpunkt ihrer Regierungen zu der Frage der Angriffswaffen ab. Die Vertreter der angelsächsischen Länder verlangten übereinstimmend lediglich die Abschaffung der Unterseeboote. Der Vertreter Italiens stellte sich auf den Standpunkt Deutschlands und verlangte gleichfalls Abschaffung der Linienschiffe, der Unterseeboote und der Flugzeugmutterschiffe, machte jedoch die Abschaffung der Linienschiffe von der Abschaffung der Unterseeboote abhängig. Der Vertreter Sowjetrußlands wies darauf hin, daß die Frage der Angriffswaffen bereits durch den Versailler Vertrag entschieden sei. Daher müßten die gleichen Rüstungsgruppen verboten werden, die den im Weltkrieg besiegten Staaten verboten seien, jedoch verlangte er die Zulassung von Unterseebooten mit geringer Tonnage. Japan verlangte lediglich Abschaffung der Flugzeugmutterschiffe.

Tardieu kommt nicht nach Genf

Paris, 27. April. Tardieu hat an Paul Boncour ein Telegramm gerichtet, in dem es heißt, daß er wegen einer starken Kehlkopfentzündung nicht, wie vorgesehen, am Freitag nach Genf reisen könne.

Thälmann dementiert

Berlin, 27. April. (Eig. Drahtm.) Das Zentralkomitee der KPD. dementiert die Nachricht der „Daily Mail", Thälmann hätte ihrem Korrespondenten eine Unterredung über die kommunistische Taktik im kommenden Landtag gegeben. „Daily Mail" hatte bekanntlich gemeldet, die Kommunistische Partei werde nicht für die Rückwärtsrevision der Geschäftsordnung des Preußischen Landtages zu haben sein. Weiter wird erklärt, alle Mutmaßungen über eine angebliche „grundsätzliche Aenderung der Taktik der Kommunistischen Partei" wären haltlose Kombinationen. Im Gegensatz dazu stehen freilich Meldungen, daß sich im Lande vielfach kommunistisch-sozialdemokratische Fusionen vollziehen. So ist zum Beispiel in der Stadt Bernau bei Berlin eine Einheitsfront der beiden Linksparteien geschaffen worden.

Fast acht Millionen Arbeitslose in den USA.

Neuyork, 27. April. Nach Mitteilungen des Vorsitzenden des amerikanischen Allgemeinen Arbeiterverbandes, Green, hat die Zahl der Arbeitslosen in den Vereinigten Staaten 7 950 000 erreicht. Green empfiehlt die Einführung der fünftägigen Arbeitswoche, um dem Ernst der Lage zu begegnen.

Das Zentrum zur Regierungsbildung

Joos lobt die SPD.

Antwerpen, 27. April. Die hier erscheinende Tageszeitung „Neptune" veröffentlicht eine Unterredung, die der Abg. Joos einem Vertreter des Blattes in Köln gewährte. Auf die Frage, ob ein Regierungsbündnis zwischen dem Zentrum und der äußersten Rechten möglich sei, habe Joos unter anderem ausgeführt: „Das Zentrum wird sich niemals zu irgendwelchen Experimenten bereitfinden. Wenn die Sozialdemokraten jetzt unsere Hilfe hatten, so geschah dies, obwohl wir ihre soziale Lehre bekämpften. Wir hatten vor ihrer Disziplin und vor der politischen Reife ihrer Führer Achtung. Die Sozialdemokratie hat stets, obwohl sie ihre Ideen verteidigt, einen klaren Blick für ihre Verantwortung gegenüber dem Lande gezeigt. Wenn die Hitler-Partei unsere Unterstützung sucht, darf sie nicht auf Schimären bauen und muß ihren revolutionären Charakter aufgeben. Soweit die Hitler-Partei die Fehler des Marxismus, die kostspielige Demagogie der Gesetzgebung, das kollektive System, das den Individualismus tötet, bekämpft, können wir ihr nur beistimmen. Aber wir hätten keinen Gewinn von der Ersetzung der marxistischen Demagogie durch die hitlerische. Die katholische Partei ist sich zu sehr ihrer Verantwortung bewußt, um ein solches Spiel zu versuchen.

Die „Germania" stellt sich um

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 27. April. Es werden jetzt einige journalistisch-politische Umgruppierungen in Berlin bekannt, die nicht uninteressante Hintergründe aufdecken. In der Leitung des Berliner Zentralorgans der „Germania", das bisher als Zentralorgan der Zentrumspartei galt, ist ein Wechsel vollzogen worden. Der bisherige Chefredakteur Dr. Bubla scheidet aus. Der Hauptaktionär der „Germania" ist der frühere Zentrumsabgeordnete v. Papen. V. Papen war schon lange mit der linksgerichteten Zentrumspolitik unzufrieden und geriet in Differenzen mit der Parteileitung. Diese hat sich dadurch gerächt, daß sie Herrn von Papen für die Preußenwahlen nicht wieder aufstellte.

Infolgedessen hat Herr v. Papen jetzt der Zentrumspartei ihr Berliner Zentralorgan entzogen. Er hat die Entlassung des bisherigen Chefredakteurs durchgesetzt und will die „Germania" zu einem parteipolitisch unabhängigen, national-katholischen Organ umgestalten.

Infolgedessen verliert, wie gesagt, die Zentrumspartei, sofern sie politisch linksgerichtete Tendenzen verfolgt, ihr Berliner Zentralorgan. Inwieweit diese Umgruppierung auch mit dem Ergebnis der Preußenwahlen zusammenhängt, läßt sich noch nicht übersehen. Der frühere Chefredakteur der „Germania" geht nach Köln in die Redaktion der „Kölnischen Volkszeitung" zurück, der er früher vorgestanden hat. Daraus ist zu entnehmen, daß die Zentrumspartei nicht mehr die „Germania", sondern die „Kölnische Volkszeitung" in Zukunft als ihr zentrales Parteiorgan ansehen will. — Gleichzeitig tritt ein Wechsel in der Leitung des Drahtlosen Dienstes beim Rundfunk ein. Der jetzige Chefredakteur Dr. Räuscher tritt in die außenpolitische Redaktion des „Berliner Tageblatts" ein. An seine Stelle kommt der frühere Chefredakteur der „Germania" und jetzige Berliner Vertreter der „Kölnischen Volkszeitung", Orth.

Nationalsozialistische Reichstagsanträge

München, 27. April. Die Reichstagsfraktion der NSDAP. hat folgende Anträge im Reichstag eingebracht:

1. Der Reichstag wolle beschließen: Der Herr Reichspräsident wird ersucht, den Reichstag gemäß Artikel 25 der Reichsverfassung aufzulösen.

2. Der Reichstag wolle beschließen: Gemäß Artikel 34 der Reichsverfassung einen Untersuchungsausschuß einzusetzen zur Untersuchung der Frage, ob und welche öffentlichen Mittel für die Hindenburg-Wahlpropaganda im Reichspräsidentenwahlkampf in Anspruch genommen wurden.

3. Der Reichstag wolle beschließen: Die Verordnung des Reichspräsidenten über Auflösung der SA. und SS. der NSDAP. aufzuheben.

Die Reichstagsfraktion der NSDAP. hat ferner beim Wahlprüfungsgericht Beschwerde gegen die Beschränkung der Wahlfreiheit bei der Reichspräsidentenwahl (Rundfunk- und Versammlungsbeschränkung) eingelegt. Das Wahlprüfungsgericht, das sich aus Dr. Bell vom Zentrum als Vorsitzenden, Hannemann von den Deutschnationalen und Dittmann von der SPD. sowie dem Regierungsbeauftragten Geheimrat Reisenberg zusammensetzt, wird am 3. Mai vormittags im Reichstag über die Beschwerde verhandeln.

„Graf Zeppelin" wieder in Friedrichshafen. Das Luftschiff „Graf Zeppelin", das um 2,35 Uhr Basel überflogen hatte, erschien um 3,55 Uhr zum erstenmal über dem Landungsplatz. Die Landung vollzog sich glatt um 5 Uhr.